

„Das Steuerrecht muss effektiver werden, nicht der Vollzug von Rechtsvorschriften effizienter.“

Heinrich Treer, BMF



BMF

würde laut Treer den Verwaltungsaufwand reduzieren und damit Einsparungen von 300 Millionen bringen.

An Einsparungen führt kein Weg vorbei

Passieren muss etwas – und zwar nicht nur im Steuerrecht. Denn 2009 lag die öffentliche Verschuldung bei 66,5 Prozent des BIP. Für 2010 rechnen Experten mit 69,2 bis 70,4 Prozent. Und 2014 wird die Staatsverschuldung gar bei 74 Prozent liegen. Dennoch befindet sich Österreich im Europavergleich in der unteren Hälfte. Die hohe Staatsverschuldung Italiens (116 Prozent) zieht nämlich den europäischen Schnitt deutlich nach oben. Die Gesamtverschuldung aller Euro-Staaten liegt derzeit bei 84 Prozent.

Der Grund für diesen Anstieg liegt an den Investitionen der vergangenen Monate, die den Konjunkturabschwung abfederten. Jetzt geht es wieder in Richtung Wachstum und da steht die Budget-Konsolidierung im Vordergrund. „Wir

wollen zurück auf 60 Prozent. Wenn wir die Verschuldung bis 2014 also um 14 Prozentpunkte senken wollen, müssen wir insgesamt circa 42 Milliarden einsparen“, rechnet Bernhard Felderer, Vorsitzender des Staatsschuldenausschusses, vor.

Budget-Konsolidierung ohne neue Steuern?

Felderer rät von großen Einnahmenezuwächsen ab: „Ein 70:30-Modell mit weniger Einnahmenerhöhung und mehr Ausgabenkürzungen wäre besser als der 60:40-Vorschlag der Regierung.“ In den Niederlanden gab es zum Beispiel vor rund zehn Jahren eine erfolgreiche Budget-Konsolidierung nach dem 70:30-Modell.

„Grundsätzlich herrscht Konsens, dass eine Budgetsanierung vorrangig über eine Ausgabenreduktion erfolgen muss“, sagt Treer. Denn bei guter Wirtschaftsleistung sprudeln Umsatzsteuer und Lohnsteuer sowieso. Damit die Erholung der Wirtschaft auch mehr Einnahmen bringt,

KOMMENTAR Feri Thierry



Feri Thierry

Wie Sie Ihr Projekt auch 2011 sichern

Die Budgets werden knapper, die Ressourcen weniger. Eine bittere Aussicht, mit der sich Projektleiterinnen und Projektleiter in öffentlichen Institutionen in den nächsten Monaten auseinandersetzen müssen. Denn ab Jänner 2011 wird es das eine oder andere Projekt gar nicht mehr geben – oder zumindest nicht mehr in der bisherigen Form und Dimension.

Diesen Einschnitten vorangehen werden politische Entscheidungen über die Prioritätensetzung: Welche Projekte gehören zur Pflicht, welche zur Kür? Welche laufen erfolgreich, welche haben zu wenig Output? Die politische

Führung muss diese Entscheidung treffen. Wie diese ausfällt, können die Projektverantwortlichen aber mitgestalten. Folgende Informationen helfen politischen Führungspersonen, um eine Entscheidung im Sinne der Projektverantwortlichen zu treffen:

- konkrete positive Auswirkungen des Projektes wie z.B. die Verbesserung des Bildungsstandes, der Lebensbedingungen, von Zufriedenheitsraten, Besucherzahlen, Umweltdaten u. Ä.
- positive Außenwirkung des Projektes und der damit verbundene Imagetransfer zur Institution als Projektbetreiberin: Ein erfolgreiches Projekt sorgt auch für ein besseres Image des dahinter stehenden Ministeriums.
- tagespolitische Verwertbarkeit: die aktuelle Relevanz des Projektthemas bzw. der Bezug des Projektes zu einem Thema, das derzeit auf der tagespolitischen Agenda steht
- Beitrag zur Erledigung des Regierungsprogramms: Was im Koalitionsübereinkommen steht, muss erledigt werden, damit die Arbeitsbilanz am Ende der Legislaturperiode positiv ausfällt.
- mögliche Risiken durch das Einstellen bzw. Reduzieren des Projektes: Wenn das Projekt ein-

gestellt wird, gehen betroffene Gruppen auf die Barrikaden und sorgen für medial vernehmbaren Widerstand.

- bisheriger Mitteleinsatz: Bei einem vorzeitigen Abbruch des Projektes wären die bisherigen Investitionen verloren und verpufft.
- Notwendigkeit für die Realisierung des politischen Programms: Ohne das Projekt lässt sich das politische Programm der Führungspersonen nicht umsetzen bzw. erfüllen.

Aufgabe der Projektleiterinnen und Projektleiter ist es, diese Informationen für das eigene Projekt zu analysieren, zusammenzustellen und für die Entscheider aufzubereiten. Wichtig dabei: Kurz und knackig, denn die Ressortchefs haben wenig Zeit für ihre Entscheidungen – und die Projektverantwortlichen viel Konkurrenz durch ihre Kollegen.

Feri Thierry ist Geschäftsführer von Thierry Politikberatung sowie Lehrgangleiter des Masterstudiums „Lobbying/Public Affairs“ an der Akademie für integrierte Kommunikation (BFI Wien) und Vortragender an verschiedenen Bildungsinstitutionen.